

Kocka, Jürgen

**Article — Digitized Version**

## Weltkrieg und Mittelstand: Handwerker und Angestellte in Deutschland 1914-1918

Francia: Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Kocka, Jürgen (1974) : Weltkrieg und Mittelstand: Handwerker und Angestellte in Deutschland 1914-1918, Francia: Forschungen zur westeuropäischen Geschichte, ISSN 0251-3609, Artemis-Verlag, München, Vol. 2, pp. 431-457

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/123079>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

JÜRGEN KOCKA

WELTKRIEG UND MITTELSTAND  
HANDWERKER UND ANGESTELLTE IN DEUTSCHLAND  
1914–1918\*

I

Wollte man versuchen, die deutsche Gesellschaft vor dem Ersten Weltkrieg mithilfe eines dualistischen Klassenmodells zu beschreiben, das den Besitz und die Verfügungsmacht über Produktionsmittel als primäres Kriterium der Klassenlage benutzt, so würden sich die Angestellten einerseits und die Handwerker und kleinen Händler andererseits nur sehr schwer in einem solchen Begriffssystem unterbringen lassen. Diese beiden Gruppierungen wurden in der Publizistik der Zeit – im Verein mit der Mehrzahl der Bauern, Beamten und Freiberuflichen – häufig als »Mittelstand« zusammengefaßt und von »oben« und »unten«, von Kapital und Lohnarbeit abgegrenzt. Mit den sozio-ökonomischen Merkmalen, den Ideologien und sozialen Allianzen dieser Mittelgruppen, mit ihrer Entwicklung im Krieg und ihren Veränderungen durch den Krieg beschäftigt sich der folgende Aufsatz. Der Einfluß des Krieges auf die deutsche Wirtschafts- und Sozialstruktur ist bisher nur in Ansätzen untersucht worden<sup>1</sup>. Allzu lange standen militärische, außenpolitische und verfassungsgeschichtliche Probleme im Vordergrund, bei deren Erforschung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte bestenfalls eine dienende Rolle eingeräumt wurde. Insbesondere die wenig dramatischen, relativ schweigsamen, aber wachsenden und vom Krieg hart betroffenen Mittelschichten entgingen weitestgehend der Aufmerksamkeit der Historiker.

Nach der letzten Berufszählung vor dem Kriege (1907) gab es etwa

---

\* Eine Kurzfassung dieses im September 1971 gehaltenen Referats erschien in englischer Sprache als: *The first world war and the Mittelstand*, in: *Journal of Contemporary History*, Bd. 8/II (1973), S. 101–23. Die im Folgenden vorgetragenen Überlegungen sind Teil einer umfassenderen Untersuchung, die mittlerweile als: *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1973 erschienen ist.

<sup>1</sup> Vor allem: Gerald D. FELDMAN, *Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918*, Princeton 1966; *Deutschland im ersten Weltkrieg*, 3 Bde., Berlin (Ost) 1968/69. Eine umfassende Untersuchung wie Arthur MARWICK, *The Deluge. British Society and the First World War*, London 1965, fehlt für Deutschland.

2 Millionen Angestellte gegenüber 13,7 Millionen Lohnarbeitern, d. h. ungefähr 70 Lohnarbeitern standen ca. 10 Angestellte gegenüber. Die meisten von ihnen (knapp 1,1 Millionen) waren im tertiären Wirtschaftsbereich beschäftigt, wo sie (allerdings in sehr viel geringerer Zahl) bereits lange vor der Industrialisierung (als Handelsgehilfen vor allem) existiert hatten. Knapp 700 000 von ihnen arbeiteten als Techniker, Kaufleute, Aufsichts- und Büropersonal in Industrie und Bergbau. Sie formten eine Gruppe, die im wesentlichen mit der Industrialisierung entstanden war und sich mit der Bürokratisierung und Kommerzialisierung des sekundären Sektors, vor allem seit 1890, schnell vermehrt hatte. Die übrigen waren in der Landwirtschaft (100 000) und bei Freiberuflern (ca. 50 000) – hier in Rechtsanwaltsbüros, Apotheken z. B. – angestellt. Ungefähr drei Viertel von allen waren entweder kaufmännisch oder in allgemeinen Bürotätigkeiten beschäftigt, ungefähr ein Viertel als technisches oder Aufsichtspersonal<sup>2</sup>.

Wenig verband diese heterogene Gruppe in Bezug auf Tätigkeit, Funktion, Bildung, Einkommen, rechtliche Situation und andere objektive Merkmale, ausgenommen ihre Klassenlage. Sie gehörten zu den abhängig Arbeitenden, zu den Arbeitnehmern und nicht zu den Besitzern von Produktionsmitteln. Diese Klassenlage teilten sie jedoch ebenso wie die in steigendem Maße arbeitsteilige Tätigkeit und das zunehmend kollektive Auftreten auch mit den Arbeitern.

Von diesen unterschieden sie sich in mindestens einem, meist aber in mehreren von folgenden Kennzeichen: Angestellte verdienten im Durchschnitt trotz vieler Überschneidungen mehr als Arbeiter, und zwar fast ausschließlich in Form des Gehalts, nicht als Lohn; viele von ihnen arbeiteten noch in größerer Nähe und mit mehr Kontakten zum *Prinzipal* oder Unternehmer (besonders im Handelssektor); sie leisteten keine, oder zumindest nicht ausschließlich Handarbeit; sie genossen in der Regel größere Arbeitsplatzsicherheit und andere innerbetriebliche Privilegien; sie unterschieden sich in Lebensstil, Konsumverhalten und Karriereerwartungen von den Arbeitern. Nicht als Arbeitnehmer, geschweige denn als Proletarier, fühlten sie sich, sondern als Kaufleute, Techniker oder als »Privatbeamte«, und als solche wurden sie von den meisten akzeptiert. Sehr viel emphatischer und eindeutiger als der angelsächsische Begriff des

<sup>2</sup> Nach Statist. Jb. f. d. Dt. Reich 35 (1914), 14 f.; Karl Martin BOLTE, Angestelltenfrage im Licht der Zahlen, in: Hans BAYER (Hg.), *Der Angestellte zwischen Arbeiterschaft und Management*, Berlin 1961, 67. Zu den Angestellten zählen wir, dem Gebrauch der Zeit entsprechend, auch Handlungsgehilfen, Verkäufer, Ladendiener, Werkmeister und angestellte »professionals«; nicht aber öffentliche Beamte, leitende Angestellte (Direktoren, Prokuristen, Gutverwalter, etc.), Armeeangehörige oder »in persönlichen Diensten Stehende« (meist Dienstboten).

»white collar employee« oder der französische des »employé salarié« bezeichneten die Begriffe »Privatbeamter« und »Angestellter«, die verschiedensten Berufe zusammenfassend, eine distinguierte, relativ klar von der Lohnarbeiterschaft einerseits und allen Selbständigen und Arbeitgebern andererseits abgehobene soziale Schicht mit spezifischem Status und Recht.

Das Organisations- und das politische Verhalten der Angestellten stach im Durchschnitt stark von dem der Arbeiter ab. Zwar gehörte auch ungefähr jeder dritte Angestellte 1907 einem Angestelltenverband an, doch standen die meisten (1913:32) der insgesamt recht zahlreichen (1913:53), teils nur lokal wirksamen, teils rein fachlich interessierten oder vor allem geselligen Zwecken dienenden Verbände auch Selbständigen offen und gaben schon dadurch zu erkennen, daß sie nicht gewerkschaftlich orientiert waren. Nur wenige von ihnen, so der »Bund der technisch-industriellen Beamten« (1913: 23 000 Mitglieder), der sozialistische »Zentralverband der Handlungsgehilfen« (1913:18 000 Mitglieder) und der »Verband der Bureauangestellten Deutschlands« (1913:8 000 Mitglieder) akzeptierten den Streik als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Ein machtvoller rechter Flügel der organisierten Angestellten, unter Führung des nationalistisch-antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (1913: 123 000 Mitglieder), verband eine militant anti-sozialistische, ressentimentgeladene, emanzipationsfeindliche Ideologie mit der Bereitschaft zu harter Interessenpolitik – »Standespolitik«, wie sie es nannten. Die überwiegende Mehrheit der Angestellten dürfte ihre Stimmen relativ gleichmäßig auf Liberale, Konservative und katholisches Zentrum verteilt haben. Sozialdemokratisch wählte nur eine kleine Minderheit.

Stärker als in anderen vergleichbaren Industrieländern war in Deutschland die Differenz zwischen Arbeitern und Angestellten eine gesellschaftliche Realität. Bürokratische Traditionen der preußisch-deutschen Gesellschaft dienten den schnell wachsenden angestellten Mittelschichten, den »Privatbeamten«(!), als Modelle der kollektiven Selbstidentifikation und damit als Basis des Anspruchs auf Privilegierung und Absetzung von den Arbeitern. Konfrontiert mit einer vehementen, radikal-emanzipatorischen, sozialistischen Protestbewegung, mit einem nur unvollkommen in die bürgerliche Gesellschaft integrierten, revolutionär erscheinenden Proletariat, betonten die meisten Angestellten ihre Zugehörigkeit zum Bürgertum, zum nicht-proletarischen, anti-sozialistischen Lager. Je mehr sich ihre Arbeitsverhältnisse und ihre ökonomische Situation an die der Arbeiter mit fortschreitender Industrialisierung objektiv anglich, desto zäher und aktiver verteidigten die meisten Angestellten ihre traditionellen Privilegien, ihren zunehmend überholten Statusvorsprung, ihr in Fra-

ge gestelltes Bewußtsein, anders zu sein als die Arbeiter. Nur eine kleine Minderheit von ihnen begriff sich als Arbeitnehmer wie andere Arbeitnehmer auch und zeigte sich zu begrenzter Zusammenarbeit mit den Arbeitergewerkschaften bereit. Die Mehrheit der Angestelltenverbände agitierte seit 1900 für eine versicherungsrechtliche, bald auch arbeitsrechtliche Privilegierung gegenüber der Arbeiterschaft. In diesem Zusammenhang wurde es üblich, von ihnen als »neuem Mittelstand« zu sprechen. Ihren anti-proletarischen Absetzungsbemühungen kam die anti-sozialistische Integrationspolitik der bürgerlichen Parteien und der Reichsregierung entgegen, die das weitere Wachstum des sozialistischen Lagers auch mit sozialpolitischen Maßnahmen verhindern wollten. Zuerst auf dem Gebiet der Sozialversicherung, bald in anderen Bereichen auch, hoben seit 1911 folgenreiche Reichsgesetze die Angestellten privilegierend von den Arbeitern ab und zementierten eine sozialökonomische Unterscheidung, der die fortschreitende wirtschaftliche Modernisierung zunehmend die funktionale Basis entzog<sup>3</sup>.

Die Zahl der Handwerker und kleinen Selbständigen im Sektor Handel und Verkehr ist auch für die Zeit vor Ausbruch des Krieges schwer zu bestimmen. Sie dürfte jedoch, ganz grob geschätzt, mit ca. zwei Millionen der Zahl der Angestellten ungefähr entsprochen haben<sup>4</sup>. Als Selbständige, als Produktionsmittelbesitzer und oft auch als Arbeitgeber befanden sich diese kleinen und »mittelständischen« Gewerbetreibenden der Klassenlage nach in einer Kategorie mit den industriellen und sonstigen größeren Unternehmern. Sie unterschieden sich jedoch von diesen nicht nur in ihrem Lebenszuschnitt, sondern auch in ihrer sozio-ökonomischen und politischen Ausrichtung. Die aus vorindustrieller Zeit stammende und stark an vorindustriellen Leitbildern orientierte Gruppe der Handwerker vertrat seit dem Vormärz relativ kontinuierlich Forderungen, die sich teils offen, teils implizit, gegen das System der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft, gegen die Prinzipien der Gewerbefreiheit und des Wettbewerbs

<sup>3</sup> Zur Geschichte der Angestellten bis 1914 ausführlich und mit Literatur: J. KOCKA, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft, Stuttgart 1969, bes. 463–540; zusammenfassend: ders., Vorindustrielle Faktoren in der deutschen Industrialisierung, in: M. STÜRMER (Hrsg.), Das Kaiserliche Deutschland, Düsseldorf 1970, 265–286. Verbandszahlen nach: Reichsarbeitsblatt, Sonderh. 11 (Berlin 1915), T. II, 22 ff.; ein Überblick über die Verbandsentwicklung: G. HARTFIEL, Angestellte und Angestellten-gewerkschaften in Deutschland, Berlin 1961, 117–148.

<sup>4</sup> Vgl. zum statistischen und definitorischen Problem: Wolfr. FISCHER, Die Rolle des Kleingewerbes im wirtschaftlichen Wachstumsprozess in Deutschland 1850–1914, in: Wirtschaftliche und soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15.–16. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 1968, 134 f.; J. WERNICKE, Kapitalismus und Mittelstandspolitik, Jena 1922, 326 ff. – Wilhelm WERNET (Handwerkspolitik, Göttingen 1952, 77) schätzte für 1907 1,3 Mill. Handwerker; Josef WEIN (Die Verbandsbildung im Einzelhandel, Berlin 1968, 91) für 1912 ca. 500 000 Einzelhändler.

wie gegen großbetriebliche Organisationsformen und deren Konkurrenzvorteile richteten. Die liberaldemokratischen politischen Forderungen, die die Handwerker 1848 und noch in den 1860er Jahren mit reaktionären ökonomischen Programmen verbunden hatten, wurden allmählich aufgegeben. Seit der »Großen Depression« der 70er Jahre organisierten sich die Handwerker in einer Vielzahl z. T. konkurrierender Verbände. Häufig forderten sie die Wiederbelebung zünftischer Konkurrenzregelungen, so die Zwangsinnung (mit Preisfestsetzungskompetenz) und den *Befähigungsnachweis*, d. h. die Zulassung von Handwerkern nur aufgrund von Prüfungen, die das organisierte Handwerk selbst abnehmen wollte, und wandten sich schutzsuchend an die Obrigkeit. Hinter ihrem Kampf gegen den *unlauteren Wettbewerb*, den sie oft im Namen der *guten Sitten* zu führen glaubten, versteckte sich das Ressentiment des traditionellen Kleingewerbetreibenden gegen extrem marktwirtschaftliches Verhalten und kommerzielle Geschicklichkeit (Reklametechniken, Ausverkäufe, etc.) der erfolgreichen Großen. Mit ihren sozialprotektionistischen Forderungen wandten sich die Handwerker an den Staat, d. h. im Wilhelminischen Deutschland vor allem an die Exekutive. Sie priesen sich als Schicht zwischen den Klassen, als *Ordnungsfaktor* an und verlangten letztlich vom Staat eine Art ökonomischer und sozialer Statusgarantie, die sie vor den Auswirkungen fortschreitender Industrialisierung schützen sollte. Nur in begrenztem Maße hatten sie Erfolg, so bei der allmählichen Wiederaufwertung der Innungen bis hin zur *fakultativen Zwangsinnung* von 1897 (auf Vorschlag der Mehrheit der Handwerksbetriebe eines Bereichs konnten die Behörden die Innung für obligatorisch erklären), beim *kleinen Befähigungsnachweis* von 1908, beim »Gesetz gegen den unlauteren Befähigungsnachweis« von 1909 und bei der bevorzugten Berücksichtigung von Handwerksmeistern bei der Verteilung staatlicher Aufträge.

Die Stoßrichtung gegen Konkurrenzwirtschaft und Großkapital vereinte die Handwerker bis zu einem gewissen Grade mit dem ursprünglich liberalen Kleinhandel und seinen Verbänden, die sich seit den 80er und 90er Jahren ebenfalls mit restaurativ-ständischen Ansprüchen, anti-liberalen und anti-kapitalistischen Forderungen an den Staat um Hilfe wandten. Auch im Kleinhandel galt der Kampf der Gewerbefreiheit, den modernen großbetrieblichen Organisationsformen (besonders dem Warenhaus) und dem unlauteren Wettbewerb, daneben dem Wandergewerbe und – zunehmend – den Konsumgenossenschaften. Neben den getrennten, z. T. öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungsorganisationen, den Handwerks- und Gewerkekammern samt Innungen einerseits, den Handelskammern andererseits, entstanden, vor allem seit den 1890er Jahren, freiwillige Verbände, die Handwerk und Kleinhandel zusammenschließen suchten. Ihre gemeinsame Ideologie fanden diese Gruppen, die meist

nicht zu den Gewinnern des Industrialisierungsprozesses gehörten, häufig in *mittelständischen* Gedanken und Schlagworten, die ihre *Zuverlässigkeit* gegen den *Umsturz*, ihre Bedeutung für ein *gesundes* Staatswesen, ihre Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit gegenüber dem großen Kapital betonten. Im übrigen blieb diese »Mittelstandsbewegung« jedoch unstabil und heterogen. Wenn 1907 in den Innungen nur 36% der Handwerker organisiert waren, dann gehörten den freiwilligen Verbänden noch viel weniger an. Der rechte Flügel der Handwerkerbewegung, der vor allem in Sachsen und Niedersachsen Unterstützung fand und dessen bekannteste Organisation der »Reichsdeutsche Mittelstandverband« war, griff in reaktionärer Weise auf ständische Organisationsformen und Wertungen zurück und huldigte einer aggressiven, anti-sozialistischen, antisemitischen und nationalistischen Ideologie. Andere Gruppen wie die süddeutschen »Gewerbevereine« und die halb-öffentlichen Verbände trieben eine enger auf konkrete Interessen bezogene Politik und vertraten gemäßigte liberal-konservative Anschauungen<sup>5</sup>.

Die Vagheit und positiv-emotionale Aufladung des Begriffes ausnützend, wurden seit Ende des Jahrhunderts diese beiden Gruppierungen – Handwerker/Kleinhandel und Angestellte – als »alter« und »neuer Mittelstand« zusammengefaßt<sup>6</sup> und zwar zunehmend mit politischer Absicht und in politischem Kontext. Diese begriffliche Zusammenfassung kaschierte und harmonisierte die harten Interessengegensätze, die aufgrund verschiedener Klassenlagen zwischen angestellten Arbeitnehmern und mittelständischen Unternehmern bestanden. Tatsächlich traten die Spannungen zwischen »altem« und »neuem«, zwischen dem selbständigen und

<sup>5</sup> Zur Geschichte der Kleingewerbetreibenden vgl. mit weiterer Literatur vor allem Heinrich A. WINKLER, *Der rückversicherte Mittelstand*, in: W. RÜEGG u. O. NEULOH, (Hrsg.), *Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1971, 163–79; ders., *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln 1972. Daneben: J. WEIN, *Die Verbandsbildung*; [und zuletzt: R. GELLATELY, *The Politics of Economic Despair: Shopkeepers and German Politics 1890–1914*, London 1974]. Organisationszahlen nach: W. WERNET, *Handwerkspolitik*, 77; Eine Übersicht über mittelständische Gesetzgebung bei E. R. HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 4, Stuttgart etc. 1969, 1010–1014.

<sup>6</sup> Als einer der ersten propagierte 1897 Gustav SCHMOLLER diese Zusammenfassung. Für ihn mußten Mittelständler zwischen 1800 und 8000 Mark im Jahr verdienen und einiges (bis 10 000 Mk.) Vermögen besitzen. *Der Begriff »Mittelstand« umschließt eine ganze Reihe verschiedener Seiten und Merkmale: er schließt sich an die Vorstellungen der Vermögens- und Einkommensverteilung, wie an Vorstellungen der Ehre, des sozialen Ranges, der technischen und menschlichen Bildung, der Lebenshaltung, der Berufs- und Arbeitsteilung an; jeder, der das Wort braucht, verwendet es in einer Art Durchschnitt aus diesen Vorstellungsreihen und grenzt es nach oben und unten anders ab.* (Was verstehen wir unter dem Mittelstande? Hat er im 19. Jahrhundert zu- oder abgenommen? In: Verhandlungen des 8. Evang.-soz. Kongresses (10. u. 11. Juni 1897), Göttingen 1897, 134 f., 157 f.) – Ebd., 153 f., 160 zum »neuen Mittelstand«.



dem angestellten »Mittelstand« in den beide Gruppen vereinenden Verbänden (wie Reichsdeutsche Mittelstandsvereinigung und Hansa-Bund) immer wieder an die Oberfläche. Das Reden vom »Mittelstand« und die daraus folgende Politik überdeckten das und übten Integrationsfunktionen in einer Gesellschaft aus, deren zunehmender Klassenkonflikt ganz andere, radikalere, für die Herrschenden kostspieligere Lösungen verlangt hätte.

Die beschworene Berufung auf Mittelstandschutz und -interessen war schließlich unpräzise und emotional genug, um von den herrschenden Gruppen zur Förderung ihrer Interessen in Dienst gestellt werden zu können. Der großagrarisch bestimmte »Bund der Landwirte« behauptete eine illusionäre Interessengemeinsamkeit zwischen großer Landwirtschaft und dem »Mittelstand in Stadt und Land«. Agrarier und Großindustrielle zollten dem »Mittelstand« wenigstens verbale Hochachtung, als es galt, einen möglichst großen Teil von ihm für die Unterstützung einer anti-sozialistischen und anti-demokratischen Abwehrbewegung zu gewinnen, die 1913 kurzfristig im »Kartell der schaffenden Stände« eine labile Organisationsform fand. Aber auch die im liberalen Hansa-Bund konzentrierte, von den Großbanken und Teilen der Industrie getragene, anti-agrarische Sammlungsbewegung versuchte, mithilfe mittelständischer Programmpunkte, Kleingewerbetreibende und Angestellte ins eigene Lager zu ziehen<sup>7</sup>.

Doch abgesehen von seinen politisch-ideologischen Funktionen und Zwecken, verwies das Reden vom »alten« und »neuen Mittelstand« zugleich auf eine wichtige Realität: auf die Existenz zweier insofern tatsächlich ähnlicher Gruppierungen, die sich in ihrer Mehrheit zugleich *von unten* (Arbeiterschaft) und *von oben* (Großkapital) abgrenzten, die sich als wertvolle, bedrohte und erhaltenswerte *gesunde Mitte* fühlten und verhielten. Sowohl bei den Angestellten wie bei den Handwerkern und Kleinhändlern war somit die objektive Klassenlage keine hinreichende Bedingung für Lebensstil, Erwartungen, Organisation und politisches Verhalten. Beide Gruppen organisierten sich vorwiegend mit einer Frontstellung gegen jene, deren Klassenlage sie teilten: die Kleingewerbetreibenden in Absetzung von Großkapital und Großindustrie, die Angestellten in Absetzung zur Arbeiterschaft. Zusammen stellten sie das bedeutendste Phänomen dar, das die Wilhelminische Gesellschaft von einer klar ausgeprägten dichotomischen Klassengesellschaft unterschied. Sie bildeten sozusagen ein Polster, das, staatlich gepflegt, den wachsenden Klassenkonflikt ein wenig dämpfte. Dieses Polster ging im Weltkrieg entzwei.

<sup>7</sup> Vgl. Hans-Jürgen PUHLE, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914), Hannover 1966, 98 ff.; D. STEGMANN, Bismarcks Erben, Düsseldorf 1970, 143 ff., 176 ff., 360 ff., pass.

## II

Unmittelbar nach Kriegsausbruch führte die vorübergehende Stockung und Arbeitslosigkeit – von manchen Unternehmern unbedenklich ausgenutzt – zu drastischen Gehaltsreduktionen bei vielen Angestellten, z. T. unter Bruch der Verträge (die, wie viele im August 1914 unter dem Eindruck des Außerordentlichen glaubten, ihre Geltung verloren hätten). Ein Hamburger Handlungsgehilfen-Verband fand heraus, daß im November 1914 von 2288 weiterbeschäftigten Mitgliedern 1018 Gehaltsreduktionen erlebt hatten, die meisten um 25 bis 50%<sup>8</sup>. Die bald einsetzende Kriegskonjunktur konnten die Angestellten bis Ende 1915 zumeist nicht einmal dazu nutzen, diesen Verlust wenigstens auf der Ebene der Nominallöhne auszugleichen, obwohl zugleich die Lebenshaltungskosten rapide stiegen<sup>9</sup>. Wenn dann auch zwischen 1916 und Kriegsende die Nominalverdienste im Durchschnitt leicht über den Vorkriegsstand stiegen, blieben sie doch beträchtlich hinter dem steigenden Lebenshaltungsindex und hinter dem Wachstum der Arbeiterlöhne zurück. Eine Umfrage des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes unter seinen Mitgliedern, ergab, daß die Nominalgehälter der Mitglieder vom 1. August 1914 bis zum 31. Juli 1917 von 2 392,70 Mark auf 2 828,75 Mark d. h. um nur 18,2% gestiegen waren, während sich in diesem Zeitraum der Lebenshaltungsindex um mindestens 120% erhöht hatte und selbst die Arbeiter in Friedensindustrien über 40%, die in Kriegsindustrien über 100% durchschnittlichen nominalen Zuwachs zu verzeichnen hatten<sup>10</sup>. Zwar hatten immer einige unter Angestelltenschichten schlechter verdient als gutgestellte Facharbeiter, doch vor dem Krieg lag der durchschnittliche Angestelltenverdienst noch um ungefähr 300 Mark pro Jahr oder 15% über dem durchschnittlichen Arbeiterverdienst<sup>11</sup>. Ende 1917 bedeutete die Beförderung eines Arbeiters im Bergbau zum Angestellten (z. B. zum Stei-

<sup>8</sup> Vgl. E. STEINITZER, Der Krieg und die Angestellten, in: Jb. d. Angestelltenbewegung 1914/15, 182 f. – Weitere Beispiele in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (i. F.: Archiv) 41 (1916), 584 ff., bes. 589, 602 f.

<sup>9</sup> Die Reichsversicherungsanstalt gab als Jahresdurchschnittsgehälter der bis zu 5000 Mk. verdienenden (und also versicherungspflichtigen) Angestellten für 1914 1940,79 Mk. (Männer) und 996,67 Mk. (Frauen) an, für 1915 nur 1870,75 Mk. (Männer) und 955,45 Mk. (Frauen). Nach ebda. 44 (1917/18), 321.

<sup>10</sup> Vgl. Deutsche Handels-Wacht. Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Hamburg (i. F.: DHW) 25 (1918), 40. – Lebenshaltungsindex nach dem eher zu optimistischen Calwer bei Gerhard BRY, Wages in Germany 1871–1945, Princeton 1960, 440 ff. – Arbeiterverdienste nach einer Untersuchung von Tagesdurchschnittsverdiensten in 370 Industrien (ebda., 434 f.). Die Zuwachsraten beziehen sich auf die Periode von März 1914 bis September 1917.

<sup>11</sup> Vgl. Siegfried AUFHÄUSER, Weltkrieg und Angestelltenbewegung, Berlin 1918, 40.

ger) *meistens eine Verkürzung des Einkommens*. Vor allem in Rüstungsbetrieben verdienten die meisten Arbeiter jetzt mehr – z. T. bedeutend mehr – als die meisten Angestellten<sup>12</sup>.

Zugleich verringerten sich die Abstände zwischen den Gehältern der verschiedenen Angestelltenkategorien, schon weil ein bestimmtes Existenzminimum schwer unterschritten werden konnte, weil traditionelle Abstufungen nach Dienstalterskriterien an Wirksamkeit verloren und generell die Jüngeren im Kriege aufholten<sup>13</sup>. Ähnliches galt für die Beamten. Von 1913 bis 1918 nahmen die nominellen Monatsgehälter der höheren Beamten um 47%, der mittleren um 72% und der unteren um 118% zu, was zwar für alle einen deutlichen Rückgang der Realeinkommen, in jedem Fall aber Nivellierung bedeutete<sup>14</sup>. Im Krieg mit seinen fast überall inflationären Folgen verringerte sich das Verdienstdifferential zwischen Lohnarbeitern und Gehaltsempfängern auch in anderen Ländern, aber nirgends so scharf wie in Deutschland und Österreich<sup>14a</sup>. Solche absolute und relative Verarmung belastete den sozialen Status und das Selbstverständnis vor allem der Angestellten, die sich bisher ja durch ihren Unterschied zu den Lohnarbeitern geradezu definiert hatten, und war ihre Hauptbeschwerde sowie der Hauptgrund ihrer zunehmenden Unzufriedenheit. Die Ursachen dieser Entwicklung waren vielfältig. Die Unternehmer brauchten von den über keine starken, aggressiven Verbände verfügenden, traditionell unsolidarischen Angestellten zunächst keine radikale Opposition zu befürchten und beuteten sie entsprechend aus. Die Militärbehörden setzten sich zwar, auf häufige Initiativen der Verbände hin, für bessere Bezahlung der Angestellten ein, doch offenbar weniger intensiv als im Falle der Arbeiter – hatten sie doch von den »Privatbeamten« keine massierten Streiks und damit kein Risiko für die wirtschaftliche Kriegsführung zu erwarten. Außerdem fürchteten die Unternehmer, nach dem Krieg Gehaltserhöhungen weniger leicht rückgängig

<sup>12</sup> Deutsche Industriebeamten-Zeitung. Zeitschrift für die sozialen Interessen der technischen Privatangestellten. Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, Berlin (i. F.: DIBZ) 13 (1917), 197; DHW 25 (1918), 39.

<sup>13</sup> Vgl. Archiv 44 (1917/18), 322. Werner-von-Siemens-Institut, München, SAA 4/Lf 837 (Nachlaß Carl Friedrich von Siemens) mit Belegen für die Verdienstentwicklung in den Siemens-Unternehmen 1914 bis 1921. Die Nettojahresdurchschnittsverdienste der männlichen Beschäftigten vermehrten sich in diesen Jahren um das 9,8fache bei den Arbeitern, das 8,2fache bei den Angestellten, das 6,9fache bei den Prokuristen, das 5,6fache bei den Direktoren. Zum Zeitpunkt dieser Statistik hatte eine hierarchiebetonende Verdienststrukturveränderung bei Siemens bereits die deutlichsten Nivellierungen der Kriegszeit wieder abgeschwächt!

<sup>14</sup> Vgl. Zahlen zur Geldentwertung 1914–1923 (= Sonderh. 1 zu Wirtschaft und Statistik 5), Berlin 1925, 43.

<sup>14a</sup> Vgl. Bureau International du Travail, Fluctuations des salaires dans différents pays de 1914 à 1922, Genève 1923, 74 f.

machen zu können als Lohnerhöhungen. Vor allem aber konnten die Unternehmer in der Arbeitskräfteknappheit des Krieges eher mit weniger Angestellten auskommen als mit weniger Lohnarbeitern. Die Berliner Siemens-Schuckertwerke vergrößerten während des Krieges ihre Arbeiterbelegschaft um ein Drittel, ihr Angestelltenpersonal jedoch nur um ein Zehntel. Die Nachfragesituation war für viele Arbeiter günstiger als für die meisten Angestellten<sup>15</sup>.

Zum Verdienst kamen andere Nöte und Erschütterungen. Die, wenn auch kurze, Massenarbeitslosigkeit zu Kriegsbeginn führte den Angestellten die tatsächliche Unsicherheit und beamtenunähnliche Marktabhängigkeit ihrer Stellung, über die sie sich mit einem illusionären Privatbeamtenbewußtsein hinweggetäuscht hatten, handgreiflich vor Augen<sup>15a</sup>. Ebenso bewirkten die relative Aufgabe von Anciennitätsprinzipien in der Gehaltsfestsetzung und der Abbau anderer spezifischer Angestelltenprivilegien in den Unternehmen, daß diese Gruppe sich zunehmend in ihrem Beamtenelbstverständnis in Frage gestellt sah<sup>16</sup>. Die Frauenarbeit nahm im Kriege besonders in den kaufmännischen und allgemeinen Büro-, erstmals auch in den technischen Berufen zu. Die »Frauenfrage«, die »lohndrückende Frauenarbeit« war vielen »Privatbeamten« ein Ärgernis<sup>16a</sup>. Die Verweigerung grundsätzlicher demokratischer Rechte bei gleichzeitiger kriegsbedingter Intensivierung der allgemeinen Pflichten verärgerte nicht nur die Arbeiter sondern auch anti-sozialistische Angestellte. Im August 1916 forderte sogar der rechts-stehende Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband eine *volkstümliche Gestaltung* des plutokratischen preußischen Wahlrechts. Schließlich mußte es die aktiven Angestellten verdrießen, daß die Unternehmer ihre Verbände noch zurückweisender und nichtachtender, z. T. feindseliger behandelten als die stärkeren und aggressiveren Arbeitergewerkschaften, die die begrenzte Unterstützung der um die Kriegsproduktion fürchtenden Militärbehörden fanden. Die Arbeitgeber setzten sogar Mitglieder der äußerst gemäßigten Techniker- und Handlungsgehilfenverbände zwecks Maßregelung auf »schwarze Listen« und weigerten sich fast durchweg, mit Angestelltenorganisationen in Tarifverhandlungen einzutreten. Starr hielten sie daran fest, daß das Verhältnis zwischen dem Unternehmer und seinem

<sup>15</sup> Vgl. FELDMAN, *Army, Industry and Labor*, 468, pass.; Werner-von-Siemens-Institut, SAA 29/Le 932, 1.

<sup>15a</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Vorsitzenden des »Hamburger Vereins für Handlungs-Commis von 1858«: Curt KÖHLER, *Die Privatbeamtenpolitik nach dem Kriege*, Bonn 1916, 9.

<sup>16</sup> Zahlen zur Arbeitslosigkeit bei Kriegsbeginn: Archiv 41 (1961), 574 f.; zum Abbau der Anciennität: DHW 24 (1917), 33.

<sup>16a</sup> Vgl. KÖHLER, *Die Privatbeamtenpolitik*, 33 f.

»Privatbeamten« ein individuelles sein müsse, und witterten bei jedem kollektiven Auftreten der Angestellten die *Luft des Klassenkampfes*<sup>17</sup>.

Die ideologischen Reaktionen der Angestellten auf diese Veränderung ihrer Verhältnisse waren nicht einheitlich. Viele von ihnen, vor allem unter den kaufmännischen Angestellten, die noch häufiger als Individuen und in größerer Nähe zur Geschäftsleitung arbeiteten als die meist in industriellen Großbetrieben beschäftigten technischen Angestellten, betonten ihren mittelständischen Status umso stärker, je mehr ihm die objektive Grundlage entzogen wurde. Einer ihrer Sprecher bekräftigte das noch Ende 1917: *Wohl wissen wir, daß es in unseren unteren Schichten Verhältnisse und Stimmungen gibt, die den Arbeitern zuneigen . . . Aber: Wir sind nicht Masse und können nicht als Masse wirken wie die Arbeiter. Unser Arbeitsvertrag ist individuell . . . Wir stehen zum Unternehmer anders . . . Wir halten uns an die Eigenart unserer Verhältnisse und verlangen freie Bahn für eine reine »Angestelltenpolitik«*<sup>18</sup>. Auch unter den öffentlichen Beamten, die sehr unter der Not des Krieges litten, schlug Unzufriedenheit kaum in Radikalisierung um. Zwar nahm unter ihnen die Tendenz zu stärker ökonomisch orientiertem Verhalten (vor allem in Form von Konsumentenorganisationen) zu und nach dem Kriege organisierten sie sich stärker nach politischen Kriterien als zuvor; doch blieben sie aufgrund ihrer Traditionen und des Charaktes ihres Dienstverhältnisses meist zurückhaltender als ein Teil der Privatangestellten<sup>19</sup>. Unter diesen wuchs das verbitterte Gefühl und die allmähliche Einsicht in die Notwendigkeit, sich als Arbeitnehmer ähnlich wie Lohnarbeiter zu verhalten. Selbst so altmodische, die Individualität des einzelnen Angestelltenverhältnisses beschwörende Verbände wie der Hamburger Verein für Handlungs-Commis von 1858 mußten jetzt ihre Zuflucht zu kollektiven Forderungen nehmen; sie verlangten nach Funktion und Alter gestufte Mindestgehaltssätze – wenn auch noch nicht Tarife<sup>20</sup>. Der Deutschnationale

<sup>17</sup> Vgl. Archiv 44 (1917/18), 329 ff.; DIBZ 11 (1915), 91 ff.; 13 (1917), 85 ff.; 14 (1918), 10 ff., 22, 101 ff.; DHW 25 (1918), 35, 40; Deutsche Arbeitgeber-Zeitung [i. F.: DAZ] 13 (1914) am 19. Juli; 15 (1916) am 5. März; 16 (1917) am 14. Okt.; 17 (1918) am 1. Sept.: »Die Angestellten auf dem Kriegspfad«.

<sup>18</sup> So der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen nach DIBZ 14 (1918), 7. Ähnlich der Vorsitzende des 58er-Vereins: KÖHLER, Die Privatbeamten, 19 ff. Doch muß er zugleich (S. 11) eine »gewisse Verschärfung der Anschauungen« unter seinen Kollegen zugeben.

<sup>19</sup> Vgl. zur Not von Beamten: Karl-Ludwig Ay, Die Entstehung einer Revolution, Berlin 1968, 94 ff.; »Beamtenorganisationen und -fragen im Krieg«, in: Archiv 41 (1916), 903–26; Reichsarbeitsblatt, Sonderh. 25 (1922), Teil I, 27 ff.; Teil II, 80 ff.

<sup>20</sup> Mindestgehälter wurden eine Hauptforderung der 1916 gegründeten »Arbeitsgemeinschaft Kaufmännischer Verbände«, der alle größeren Handlungsgehilfen-Organisationen (ohne den sozialistischen »Zentralverband«) angehörten. Vgl. den Abdruck der geforderten Mindestsätze in DHW 24 (1917), 91.

Handlungsgehilfen-Verband hatte, wie fast alle Angestelltenverbände, den Streik bisher kategorisch abgelehnt. Im Juli 1917 berichtete sein Vorsitzender, daß viele Mitglieder dem Beispiel der Arbeiter folgen und *die radikalsten Mittel* anwenden wollten, und er deutete ziemlich offen die Perspektive an, daß *schließlich auch die Massen der Angestellten zu Lohnkämpfen auf proletarischer Grundlage reif* sein würden. Wenig später leitete dieser Verband erfolgreiche Streikbewegungen<sup>21</sup>. Im Herbst 1917 beschlossen die Angestellten eines großen Berliner Elektronunternehmens, der AEG, für Gehaltsverbesserungen in den Streik zu treten. Die Meister in Nürnberger Fabriken förderten im Januar 1918 indirekt den Massenstreik<sup>22</sup>. Was vor dem Krieg mit wenigen Ausnahmen von den Angestellten als *nicht standesgemäß* oder unmoralisch scharf abgelehnt worden war, wurde in Krieg und Not akzeptabel und in der Revolution Wirklichkeit. Die in vielen Großbetrieben durch das Hilfsdienstgesetz 1916 obligatorisch gewordenen, gewählten Angestelltenausschüsse dienten mancher Streikdrohung und innerbetrieblichen Radikalisierung der Angestellten (wie der Arbeiter) als Basis. Der Siemens-Direktor Junghein stellte Anfang 1918 fest: *Seit Bestehen des Angestellten-Ausschusses sind die Angestellten des Büros verhetzt und vergiftet; es wird immer schlimmer und die Firma muß sich mit aller Macht wehren*<sup>23</sup>.

Außer mit Maßregelungen und Entlassungen organisierter Angestellter wehrten sich die Unternehmer mit der beschleunigten Aufzucht *gelber*, wirtschaftsfriedlicher Angestelltenvereine, die sie offenbar besonders bei den Wahlen zu den innerbetrieblichen Ausschüssen zu benutzen hofften. Die kleinen Vergünstigungen, die diese *Werksvereine* den unterbezahlten Angestellten boten, mußten in der Not dieser Jahre besonders attraktiv sein. Die *gelben* Angestelltenorganisationen scheinen 1908 von der Nürnberger Firma MAN ihren Ausgang genommen zu haben. Bei Krupp erreichten sie 1917 bereits fast 50% der bei den Ausschlußwahlen abgegebenen Angestelltenstimmen. Sie standen in scharfer Abwehrhaltung zu überbetrieblichen Angestelltenverbänden und waren finanziell von den Unternehmensleistungen abhängig. Das Wachstum der *Gelben* im Krieg weist auf den Gegenangriff hin, den die Unternehmer gegen die sich radikalisierenden Angestellten, die an ihrem von den Unternehmern geförderten Beamtenelbstverständnis immer irrer wurden, unternahmen<sup>24</sup>.

<sup>21</sup> Ebda., 89 f.; 26 (1919), 53 f.: »Ein erfolgreicher Riesenstreik«. Der Artikel trug das Motto »Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!«

<sup>22</sup> Vgl. ebda., 25 (1918), 19; Ay, Die Entstehung, 101 f., 198; zu Angestelltenstreiks 1919 vgl. Archiv 47 (1920/21), 602 f.

<sup>23</sup> DHW 25 (1918), 48; zum Hilfsdienstgesetz Robert B. ARMESON, Total Warfare and Compulsory Labor, The Hague 1964.

<sup>24</sup> Vgl. AUFHÄUSER, Weltkrieg, 105 f.; Archiv 44 (1917/18), 340 f.; allgemein: Heinz ANGERMEIER, Die gelben Gewerkschaften, in: Festschrift f. W. ANDREAS, Stuttgart 1962,

Veränderungen im Verbandsleben der Angestellten spiegelten diese sozio-ökonomische und ideologische Entwicklung. Die relativ fortschrittlichsten Organisationen hatten sich bereits 1913 zur Zusammenarbeit auf überberuflicher Basis entschlossen und bildeten ab 1917 die »Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände«. Im Krieg entstanden zwei weitere Föderationen von Einzelverbänden: die gemäßigte »Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände« und die betont mittelständische »Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände«. Im Juli 1917 schlossen diese drei Angestellten-Föderationen ein Abkommen zur Intensivierung der Zusammenarbeit in gemeinsam interessierenden Fragen. Dieses engere Zusammenrücken der Angestelltenverbände im Krieg reagierte auf Not und neue Aufgaben, etwa bei der Ausführung des Hilfsdienstgesetzes. Es reflektierte zugleich die zunehmende Vorherrschaft der allen Angestellten gleichen Arbeitnehmereigenschaft auf Kosten der engeren beruflichen Eigenart und auf Kosten des berufsständischen Bewußtseins, das den Angestellten bisher zumeist als Grundlage der Verbandsbildung gedient hatte<sup>25</sup>.

Diese Bedeutungszunahme der Arbeitnehmerkomponente im Bewußtsein der Angestellten ließ auch subjektiv ihre Gemeinsamkeit mit anderen Arbeitnehmern, also vor allem mit den Lohnarbeitern, klarer hervortreten. Doch wurden in diesem Punkt von einer deutlichen Mehrheit der Angestelltenverbände weiterhin die klarsten Vorbehalte angemeldet. Trotz zunehmender Kooperation zwischen allen Angestellten- und Arbeiterorganisationen betonten besonders die kaufmännischen Verbände weiterhin ihre ständische Eigenart und wandten sich z. B. dagegen, zusammen mit den Lohnarbeitern in den 1918 erneut geplanten öffentlichen Arbeitskammern organisiert zu werden<sup>26</sup>. Dagegen betonte eine zunehmende Minderheit von Angestelltenverbänden ihre gewerkschaftliche Orientierung und ihre weitgehende Interessengemeinsamkeit mit den Arbeitergewerkschaften (deren rechter Flügel seinerseits auf Kooperation mit den Angestellten drängte)<sup>27</sup>. Mehrfach wandten sie sich zusammen mit den

---

189-98; H. P. SCHÄFER, Die »Gelben Gewerkschaften« am Beispiel des Unterstützungsvereins der Siemens-Werke, Berlin, in: Vierteljahrschrift f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 59 (1972), 41-76; [jetzt auch: K. MATTHEIER, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973].

<sup>25</sup> Zur Organisationsgeschichte: HARTFIEL, Angestellte, 140 ff.

<sup>26</sup> Vgl. das grundsätzliche Plädoyer des DHV für »Kaufmannskammern« in DHW 25 (1918), 2, 19; zur Kooperation mit Arbeitergewerkschaften vgl. Paul UMBRETT, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, in: Paul UMBRETT und Ch. LORENZ, Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, Stuttgart etc. 1928, 167.

<sup>27</sup> Vgl. noch DIBZ 11 (1915), 196 f.; ebda. 13 (1917), 39, 43 99 f. Zu Korperationsangeboten aus den sozialistischen Arbeitergewerkschaften: Paul UMBRETT, Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege, Berlin 1917, 97; Korrespondenzblatt der Generalkommission 1916, 521 ff.

Arbeitergewerkschaften an zivile und militärische Behörden, um gegen die Ernährungspolitik der Regierung und gegen die landwirtschaftlichen Gewinne zu protestieren und für stärkere Regulierungen durch das Kriegsamt einzutreten<sup>28</sup>. Wie stark diese Richtung bereits war, zeigte sich daran, daß zwei der drei großen Angestelltenzusammenschlüsse, d. h. zusammen circa 50% der organisierten Angestellten, seit Ende 1917 für den Einfluß der Angestellten in die zu gründenden Arbeitskammern eintraten, also auf separate Angestelltenkammern verzichteten<sup>29</sup>.

Diese Umorientierung innerhalb der Angestelltenschaft erwies sich auch an Verschiebungen in der relativen Stärke der Verbände. Alle Angestelltenorganisationen erlitten große Verluste an Mitgliedern. Einberufungen vor allem, aber auch geringere Anhänglichkeit der Mitglieder als im Falle der Arbeiterverbände spielten dabei eine Rolle. Umgekehrt erreichten die Angestelltenorganisationen längst nicht das Maß an Bedeutung, Anerkennung und Macht bei den Behörden, das den Arbeitergewerkschaften dazu diente, wieder neue Mitglieder (ab Ende 1916) anzuwerben. (Das hieß umgekehrt, daß sich die Angestelltenverbände viel weniger von ihren Mitgliedern entfremdeten als die so weit integrierten Arbeitergewerkschaften, ihre Äußerungen also eher als Quelle für das sich wandelnde Denken in der Angestelltenschaft herangezogen werden können.) Finanzielle Schwierigkeiten kamen hinzu, um die statistisch zudem sicher nicht immer ganz korrekt erfassbaren Wandlungen in den Mitgliedszahlen zu einem nicht ganz unproblematischen Indikator zu machen. Doch erscheint bemerkenswert, daß schon 1917 die eindeutig gewerkschaftlich orientierte Verbändegruppe die einzige war, die begann, ihren Mitgliederverlust allmählich aufzuholen, während die beiden anderen zunächst weiter abfielen, bis die Revolution einen allgemeinen Zulauf zu allen Organisationen mit sich brachte. Dies schnellere Wachstum der radikaleren Verbände im Krieg kehrte das Bild der letzten Vorkriegsjahre um, in denen die konservativen Verbände stärker zugenommen hatten<sup>30</sup>.

<sup>28</sup> Vgl. DIBZ 13 (1917), 52–55.

<sup>29</sup> Vgl. DHW 25 (1918), 19.

<sup>30</sup> Aufgrund hier nicht abgedruckter Mitgliedschaftszahlen, zusammengestellt nach Reichsarbeitsblatt, Sonderh. 11 (1915), Teil II, 22 ff.; 16 (1918), Teil II, 8 ff.; 19 (1919), Teil II, 8 ff., 40 ff.; 22 (1920), Teil II, 29 ff. Verglichen wurden die mittelständischen Verbände, die sich 1916 zur »Arbeitergemeinschaft Kaufmännischer Verbände« (AKV) zusammenschlossen; die eine gemäßigte Mittellinie verfolgende »Arbeitergemeinschaft technischer Verbände« (ATV); und die arbeiterfreundlich-gewerkschaftliche, zunehmend sozialistisch orientierte »Arbeitergemeinschaft freier Angestellter verbände« (AfA). Die zusammengefaßten Mitgliedschaftszahlen (in Tausend) betragen jeweils für das Ende der Jahre 1913, 1915, 1916, 1917 und 1918:

AKV: 450, 220, 141, 120, 438

ATV: 91, 69, 67, 61, 67

AfA: 80, 51, 48, 57, 146.



Trotz solcher Linkstendenzen unter den Angestellten entwickelte deren große Mehrheit kein eindeutiges Arbeitnehmerbewußtsein, geschweige denn ein proletarisches Klassenbewußtsein. Sogar die Mitglieder der sich zunehmend sozialistisch orientierenden, sich zum Klassenkampf bekennenden »Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände« (AfA) betonten weiterhin ihre relative Eigenart gegenüber den Arbeitern; eine organisatorische Fusion mit den Arbeitergewerkschaften trat nicht ein<sup>31</sup>. Andere fühlten sich zwar als Arbeitnehmer und schlossen sich radikalen sozialpolitischen Forderungen an, sie verbanden dies aber weiterhin mit einem vorübergehend gedämpften anti-sozialistischen, nationalistischen Bewußtsein und der daraus folgenden Politik. Zwar formten sich Ende 1918 alle Verbände zu Gewerkschaften um und zogen damit die Konsequenz aus ihrer Entwicklung im Krieg, doch blieben mittelständische Elemente in Bewußtsein und Organisationszielen erhalten und traten unter anderen Bedingungen wieder stärker hervor<sup>32</sup>.

### III

Der genaue Einfluß des Krieges auf die ökonomische Situation der Handwerker und Kleinhändler ist schwer zu bestimmen. Versucht man abzuschätzen, in welcher Weise sich die Situation der gewerblichen Kleinbetriebe von den industriellen Mittel- und Großbetrieben unterschied, so ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die kleinen Unternehmen in jenen gewerblichen Zweigen stärker vertreten waren, die, als nicht kriegswichtig, weniger profitierten oder sogar Schaden litten. Kleinbetriebe mit 1–5 Beschäftigten machten in der Eisen- und Stahlgewinnung nur 16,1%, im Maschinenbau 52,8%, in der Chemischen 56,6% und in der Elektro-Industrie 58,1% aus. In den stark unter der veränderten Auftragslage leidenden *Friedensindustrien* sah es anders aus. Im Vervielfältigungsgewerbe gab es 67,7%, im Baugewerbe 80,1%, in der Spielzeugwarenindustrie 88,6%, im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe 91%, in der Textilindustrie 91,1% und im Bekleidungsgewerbe 97,4% Betriebe mit fünf oder weniger Beschäftigten<sup>33</sup>. Der durchschnittliche Handwerker partizipierte deshalb weniger an den Kriegsgewinnen als der durchschnittliche In-

<sup>31</sup> Vgl. S. AUFHÄUSER, Die freie Angestellten- und Arbeiterbewegung, Berlin 1920, bes. 11 ff. (Referat des AfA-Vorsitzenden).

<sup>32</sup> Zum Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband: Iris HAMEL, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, Frankfurt/M. 1966, 177 ff.; zur liberalen Richtung: Epochen der Angestelltenbewegung 1774–1930, hg. v. Gewerkschaftsbund der Angestellten, Berlin 1930, 167 ff.

<sup>33</sup> Nach Statistik d. Dt. Reichs, Bd. 466 (1937), 188 ff.; zur Einteilung in Kriegs- und Friedensindustrien: BRY, Wages, 193 f. Die nicht genannten Zweige gehören einer Zwi-

dustrielle. Er hatte eher mit Einberufungen zu rechnen, die im Fall des Kleinbetriebes mit größerer Wahrscheinlichkeit zur Schließung führten als im Falle des Mittel- oder Großbetriebs. Schätzungsweise waren Ende 1917 etwa 500 000 oder knapp 50% aller Handwerker eingezogen und etwa 33% aller Handwerksbetriebe geschlossen<sup>34</sup>. (Viele Betriebe wurden also von den Ehefrauen oder den Gesellen weitergeführt.) Der durchschnittliche Handwerker hatte größere Schwierigkeiten, die nötigen Rohstoffe von den bewirtschaftenden Behörden oder industriell beeinflussten Selbstverwaltungsorganen zu erhalten<sup>35</sup>. Nach Erlaß des »Hindenburgprogramms«, das Ende 1916 die staatlichen Eingriffe in die Produktion zugunsten effektiverer Kriegsführung drastisch erhöhte, hatte er zudem die größere Chance, Opfer einer staatlich verfügten Stilllegung zu werden, wenn auch die Handwerksvertretungen in den Prozeß der Zusammen- und Stilllegungen eingeschaltet wurden und ihn wirksam bremsen<sup>36</sup>. Klagen über weglaufernde Lehrlinge, die in den Kriegsindustrien bessere Löhne erhielten, waren häufig. Im Bezirk der Handwerkskammer Berlin nahm die Zahl der Lehrlinge bis 1918 von 41 000 bis 7800 ab<sup>37</sup>. Am Anfang des Krieges bevorzugten die militärischen Beschaffungsstellen mit ihren Aufträgen die Industrie, da die Handwerker als weniger leistungsfähig galten und zudem nicht, wie die Industrie, über zentrale Auftragsvermittlungsstellen verfügten<sup>38</sup>. Neben einzelnen Handwerksbranchen wie dem Baugewerbe litt der Kleinhandel nach verbreiteter Ansicht am stärksten in einer Zeit, da der Massenkonsum immer mehr schrumpfte,

---

schengruppe an. Die Zahlen nennen technische Betriebseinheiten, nicht aber Unternehmenseinheiten, deren Anzahl durchweg geringer war, doch genügen diese Angaben für Vergleichszwecke.

<sup>34</sup> Nach F. H. WILL, *Das Handwerk als Kriegslieferant*, Hannover 1923, 40. Aufgrund von Handwerkskammerberichten stellt auch Richard FICHTE (*Die große Zeit im Deutschen Handwerk*, Berlin 1922, 15 ff.) Zahlen zu Schließungen in einzelnen Bezirken zusammen. Zu den industriellen Kriegsgewinnen: Leo GREBLER und Wilhelm WINKLER, *The Cost of the World War to Germany and to Austria-Hungary*, New Haven 1940, 106 f.

<sup>35</sup> *Handwerks-Zeitung*. Amtliches Organ der Handwerkskammern zu Berlin und Frankfurt/Oder. Offizielles Publikationsorgan des Zentral-Ausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands, Berlin (i. F.: HWZ) 17 (1917), 48.

<sup>36</sup> Vgl. *Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung*. Amtliches Organ der Handwerkskammern zu Altona, Aurich, Flensburg, Hannover, Harburg, Hildesheim und Stadthagen. Organ des Nordwestdeutschen Handwerker-Bundes, Hannover (i. F.: NHWZ) 22 (1917), 37 f., 58 f., 137 f.; 23 (1918) 2; HWZ 16 (1916), 291 f.; 17 (1917), 63; Der 18. Handwerks- und Gewerbekammertag erließ Richtlinien zur Zusammenlegung von holzverarbeitenden Industrien (ebda., 163 f.).

<sup>37</sup> Vgl. *Mitteilungen der Handwerkskammer zu Münster* Jg. 1917, 182 mit Zahlen zu 1914–17; *Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* 1918, 203; Walter SCHMIDT, *Das deutsche Handwerk im Weltkriege*, staatswiss. Diss. Erlangen 1927, Essen 1929, 18 ff.

<sup>38</sup> Vgl. FICHTE, *Die große Zeit*, 11 f., 27 ff., 33.

staatliche Stellen und Großbetriebe z. T. selbst an die Verbraucher verteilten und Höchstpreise, Kartensysteme und andere Vorschriften das Verteilungssystem viel stärker als die Produktion regulierten<sup>39</sup>.

Doch wie schon vor dem Krieg die häufigen Klagen des Handwerks und die geringen Zukunftschancen, die ihm nicht nur in sozialistischen Kreisen vorausgesagt wurden, nur einem Teil der Wirklichkeit entsprachen, so wird man auch die Klagen der Handwerksvertretungen im Weltkrieg nicht ohne weiteres als bare Münze nehmen dürfen<sup>40</sup>. Die zahlreichen Schließungen führten sicher oft zu temporärem Gewinnausfall und zum Teil wohl auch zu Not. Die »Degradation selbständiger Betriebsinhaber zu Tagelöhnern«<sup>41</sup> bedeuteten sie jedoch in der Regel nicht. Offenbar nahmen die meisten ihre Betriebe nach der Heimkehr oder der Entlassung aus kriegswichtigen Betrieben (wo sie zwischenzeitlich nicht schlechter verdienten als langjährige Arbeiter auch) wieder auf. Nach einer informierten Schätzung existierten 1907 ungefähr 1,3 Millionen, 1919 circa 1,2 Millionen Handwerksbetriebe. Langfristig (1907–1925) ging der Anteil der Kleinbetriebe (1 bis 5 Personen) kaum schneller zurück als in der Periode vor dem Krieg (1882–1907), während der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen von 1907 bis 1925 sogar langsamer fiel als von 1895 bis 1907. Trotz aller Benachteiligungen des Einzelhandels blieb er doch so attraktiv, daß unmittelbar nach Kriegsende 2% mehr Unternehmen darin existierten als 1914<sup>42</sup>.

Selbst Interessenvertreter des Handwerks gaben Ende 1917 zu, einige gewerbliche Genossenschaften hätten so viel Geld angehäuft, daß sie nicht mehr wüßten, wo sie es anlegen sollten<sup>43</sup>. Die kleingewerblichen Betriebe, die nicht schließen mußten, besonders die für Heeresbedarf ar-

<sup>39</sup> Vgl. die Beurteilung durch den Staatssekretäre des neuen Reichswirtschaftsamtes am 13./14. März 1918 im Reichstag (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, 4354 ff.); Friedrich SCHÄR, Umgestaltung und Neuorientierung des Handels infolge des Krieges, Berlin 1916, 14 f.; SCHMIDT, Das deutsche Handwerk, 32; GREBLER/WINKLER, The Cost of the World War, 54, 94.

<sup>40</sup> Zu ökonomischen Erfolgen und Fortschritten zumindest einzelner Handwerkszweige vor 1914 – entgegen dem allgemeinen Eindruck vgl. A. NOLL, Wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Handwerks, in: RÜEGG/NEULOH, Zur soziologischen Theorie und Analyse, 193–217; die Tatsache, daß die Handwerker (mit) am schwersten unter dem Krieg litten, wird in neueren Darstellungen meist als erwiesen angesehen. Vgl. FELDMAN, Army, 464 f.; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, 332; AY, Die Entstehung, 98 ff.

<sup>41</sup> SCHMIDT, Das deutsche Handwerk, 35.

<sup>42</sup> Nach WERNET, Handwerkspolitik, 77; Statistik d. Dt. Reichs 466 (1937), 188 ff.; Adolf GÜNTHER, Die Folgen des Krieges für Einkommen und Lebenshaltung der mittleren Volksschichten Deutschlands, in: R. MEERWARTH u. a., Die Einwirkungen des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart etc. 1932, 236.

<sup>43</sup> Vgl. dazu den konservativen Abgeordneten Hammer im Preussischen Abgeordnetenhaus am 14. Dez. 1917 (Wörtliche Berichte über die Verhandlungen des Preussischen Abgeordnetenhauses, Bd. 7, Sp. 7176).

beitenden Sattler, Mechaniker, Schlosser, Schreiner, Wagner, Schuhmacher, Schneider u. a. verdienten nicht schlecht, zumal die Militärbeschaffungsstellen sehr bald – trotz Sympathien der Obersten Heeresleitung für die Großunternehmen – bewußt Aufträge an Handwerksbetriebe verteilten und Mittelstandspolitik im Krieg keineswegs völlig stillstand<sup>44</sup>. Da die Behörden jedoch kaum mit Einzelbetrieben verhandelten, übernahmen nach kurzer Verwirrung zunächst die zu solchen direkt ökonomischen Tätigkeiten nicht befugten Handwerkskammern und Innungen die Beschaffung und Verteilung der Aufträge; dann organisierten die ab Sommer 1915 entstehenden, bald systematisch zentralisierten, handwerklichen Verdingungs- und Wirtschaftsstellen, Lieferungsverbände und Genossenschaften die Versorgung des Handwerks mit Aufträgen und Rohstoffen. In enger Kooperation mit militärischen und zivilen Behörden entwickelte somit das Handwerk unter dem Druck des Krieges eine genossenschaftliche Selbsthilfeorganisation, die den einzelnen Betrieben gewisse unternehmerische Aufgaben abnahm und sie gleichzeitig stärkte. Wenn 1907 nur 36% der Handwerker in Innungen organisiert waren, so wuchs dieser Anteil bis 1919 auf 51%. Die Zahl der Genossenschaften (Anfang 1914: 979) dürfte sich im Krieg fast verdoppelt haben<sup>45</sup>. Diese Entwicklung realisierte z. T. die lange und ohne viel Erfolg vorgetragenen Vorschläge relativ liberaler Sprecher des Handwerks, statt zünftischer Abkapselung und Kampf um staatliche Hilfe sich selbst genossenschaftlich zu organisieren. Diese organisatorische Stärkung und Betonung der kollektiven Selbsthilfe wurden zur Basis der beruflichen, korporativen Selbstverwaltung des Handwerks nach dem Krieg<sup>46</sup>. Somit stellt sich die Wirkung des Krieges auf das Handwerk als sehr viel komplizierter und ambivalenter heraus, als es die Klagen der Handwerksvertretungen vermuten ließen<sup>47</sup>.

In bezug auf Selbstverständnis, bewußte Interessen, sozialpolitische Orientierung und Kooperationsbereitschaft zogen Handwerk und Klein-

<sup>44</sup> Vgl. FICHTE, *Die große Zeit*, 24, 28, 46 ff.; *Mitteilungen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie* (i. F.: MKdI) Nr. 12 (26. Sept. 1915), 114; HWZ 17 (1917), 182; K. ROESLER, *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg*, Berlin 1967, 117.

<sup>45</sup> Vgl. [Heinrich LÜBBERING], *Handwerkerfragen zur Kriegszeit*, M.-Gladbach 1915, bes. 11 ff.; Rahardt in HWZ 17 (1917), 181 f.; FICHTE, *Die große Zeit*, 31–93, bes. 76 f.; SCHMIDT, *Das deutsche Handwerk*, 37–58; WERNER, *Handwerkspolitik*, 73, 77.

<sup>46</sup> Vgl. Th. BRAUER, *Mittelstandspolitik*, in: *Grundriß der Sozialökonomie*, Abt. 9, T. II, Tübingen 1927, 378 f.; WEIN, *Die Verbandsbildung*, 121 f., 137, 139, 140 ff.; HWZ 14 (1914), 131; Franz SCHÜRHOLZ, *Entwicklungstendenzen im deutschen Wirtschaftsleben zu berufsständischer Organisation und ihre soziale Bedeutung*, M.-Gladbach 1922, 49–56.

<sup>47</sup> Vgl. die keineswegs nur negativen Einschätzungen des Kriegseinflusses auf das Handwerk in: HWZ 17 (1917), 182; FICHTE, *Die große Zeit*, 93; SCHMIDT, *Das deutsche Handwerk*, 56 ff.

handel grundsätzlich andere Konsequenzen aus den Wandlungen 1914–18 als der »neue Mittelstand«. Unzufriedenheit und Verbitterung übersetzten sich unter den Selbständigen nur selten in radikale Kritik an den ökonomisch Mächtigen oder am System selbst. Vielmehr verstärkte sich in der Handwerkerschaft während des Krieges das Gefühl, mit der Industrie in einem Boot zu sitzen. Zwar fanden sich auch 1914–18 manche Streitpunkte zwischen Industrie und Handwerk. Der Ärger über die Abwanderung der Lehrlinge in die Industrie und über die Bevorzugung von Industriellen wie Industriearbeitern in der militärischen Rückstellungspolitik, die (angesichts der großen Nachfrage aber schnell abnehmende) Konkurrenz um Militäraufträge sowie die Furcht, Hindenburgprogramm und Hilfsdienstgesetz würden sich gegen das Handwerk auswirken, wurden in den Handwerkszeitungen diskutiert<sup>48</sup>. Doch vermittelt selbst eine flüchtige Lektüre von Handwerkszeitungen, insbesondere der rechtsgerichteten »Nordwestdeutschen Handwerks-Zeitung« aus Hannover und der gemäßigten Berliner »Handwerkszeitung«, den eindeutigen Eindruck, daß im Laufe des Krieges die Angriffe auf *Kapitalismus* und *Großindustrie*, auf *Gewerbefreiheit* und Konkurrenzwirtschaft beträchtlich nachließen und z. T. ganz verschwanden. Zwei andere Fronten erforderten dagegen die zunehmende Aufmerksamkeit der Handwerker: Einmal wurden die Angriffe gegen die organisierte Arbeiterschaft und deren Forderungen, die in der ersten Kriegshälfte wohl unter dem Einfluß des Burgfriedens nachgelassen hatten, mindestens von einem Teil des Handwerks wieder aufgenommen und verstärkt. Die Polemik entzündete sich an der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitentscheidung im Betrieb, an der Lehrlingsfrage, an der Sozialpolitik und den Streiks sowie allgemein an den Gleichberechtigungswünschen der Arbeitervertretungen<sup>49</sup>. Damit war durchaus vereinbar, daß zugleich in einigen vorwiegend kleinbetrieblichen Gewerbebezweigen, Vorkriegstraditionen entsprechend, das Arrangement mit den Arbeitnehmervvertretungen in bezug auf Tarifregelungen und umfassendere Arbeitsgemeinschaften sehr viel früher gesucht und gefunden wurden als in der Großindustrie<sup>50</sup>. Unbehagen über gewerkschaftliche Forderungen und (1918) verborgene Angst vor der Radikalisierung der Massen waren, wie im Fall der Großindustriellen, mit Verständigungstendenzen und Rückversicherungsversuchen auf Funktionärsebene durchaus vereinbar.

Zum ändern rückte auch für die kleinen Unternehmer – sowohl für

<sup>48</sup> Vgl. oben Anm. 34 bis 37. Weiter: Archiv 40 (1915), 121; NHWZ 22 (1917), 37 f.; HWZ 17 (1917), 48.

<sup>49</sup> Vgl. NHWZ 22 (1917), 58 f., 66, 118, 133, 139; 23 (1918), 33 f., 77, 117. Sehr viel zurückhaltender die HWZ. (am 18. u. 25. Mai 1917 zum Berliner Rüstungsstreik).

<sup>50</sup> Vgl. die Vereinbarungen im Malergewerbe: Archiv 46 (1918/19), 846.

die gemäßigt-liberalen wie für die konservativ-mittelständischen – der Kampf gegen Staatseingriffe und *Staatssozialismus*, gegen die Gefahr der staatlichen *Übergangsorganisation* und das neue *Zwangssystem* ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Kritik am *Staatssozialismus und seiner Pleite*, an den bürokratischen Einrichtungen der Kriegswirtschaft und den weitgehenden staatlichen Eingriffen in Wirtschaft und Gesellschaft entzündete sich zunächst am Hilfsdienstgesetz von 1916, von dem die meisten Handwerker lediglich Nachteile erwarteten<sup>51</sup>. Sie setzte sich fort als Verurteilung der Kriegsverordnungen, die von Leuten erlassen würden, die als Studenten zu Füßen der »Kathedersozialisten« gesessen hätten und gern alles vom grünen Tisch aus betrachteten<sup>52</sup>. Je mehr die staatlichen Regulierungen drohten, die Kriegszeit zu überleben und zu einer Dauereinrichtung zu werden, desto eindeutiger wurden sie kritisiert<sup>53</sup>.

Mit verschiedenen Akzentuierungen setzte sich gegen Ende des Krieges ein gewisser Konsensus im Handwerk durch: Unter teilweiser Aufgabe oder Hintanstellung scharf antikapitalistischer, restaurativ-zünftischer Forderungen im Vorkriegsstil blieb zwar der Wunsch nach begrenzten Staatshilfen (Kreditbeschaffung, Zugang zu Rohstoffen z. B.) erhalten; doch betont wurde nun der Appell zur Selbsthilfe, zur Selbstorganisation, zur Qualitätsverbesserung und fachlichen Ausrichtung. Man will jetzt *keine staatliche Fürsorge nach Art der Arbeiterfürsorge. Handwerker sind eben kleine Unternehmer ... Das freie Spiel der Kräfte wird gefordert, für Handel und Wandel (müsse) die notwendige Bewegungsfreiheit baldmöglichst wiederhergestellt werden*<sup>54</sup>.

Diese neue Tendenz zur begrenzten Abwehr staatlicher Interventionen, die den obrigkeitsstaatlichen Traditionen des deutschen Handwerks zum Teil widersprach, war eine Reaktion auf die beispiellose Ausdehnung der Staatstätigkeit im Kriege, auf die Verschmelzung von staatlicher und sozial-ökonomischer Sphäre, die vom Krieg so sehr beschleunigt worden

<sup>51</sup> Vgl. NHWZ 22 (1917), 58 f.; HWZ 17 (1917), 78.

<sup>52</sup> So der Zentrums-Abgeordnete Irl, der häufig für Handwerker-Interessen eintrat, in einer Mittelstandsinterpellation am 13. März 1918. Vgl. Sten. Ber. Reichstag Bd. 311, 4345. Hier auch die Ausführungen des Konservativen Kapp (4369 ff.).

<sup>53</sup> Vgl. NHWZ 22 (1917), 95, 117 f., 122 f., 142 f., 181 ff.; 23 (1918), 1 f., 13, 15, 18, 36, 77, 111.

<sup>54</sup> So besonders klar bei dem Syndikus der Düsseldorfer Handwerkskammer (Peters), abgedr. in NHWZ 23 (1918), 160 f., 165 f., 170. – Ähnlich die Denkschrift des Dt. Handwerks- und Gewerbekammertags von 1918, abgedr. ebda., am 21. 9., 28. 9., 5. 10. und 12. 10. (»Maßnahmen für den Wiederaufbau des Handwerks«). Ähnlich auch HWZ, bereits am 15./22. Juli: *Die Anwendung militärischer und bürokratischer Maximen auf das Wirtschaftsleben widerspricht der Natur des wirtschaftlichen Kampfes*. – Vgl. auch die Mitteilungen der Handwerkskammer zu Münster 5 (1917), Nr. 7 u. 12 (Niederschrift über die Vollversammlung am 14. März 1917): Genossenschaftliche Selbstorganisation des Handwerks statt staatlicher Monopolisierung und Zwangssyndizierung ist das Ziel.

war. Entscheidend für die Argumentation dieses Artikels ist, daß Handwerk und Kleinhandel mit dieser anti-etatistischen Umakzentuierung, trotz weiterdauernder Differenzen auf anderen Gebieten, an die Seite der großen Industrie traten. Sieht man von einigen wenigen Ausnahmen wie dem häufig überschätzten Walter Rathenau ab, so wandten sich so ziemlich alle Vertreter von Unternehmerinteressen in Industrie, Großhandel, Banken und Agrarwirtschaft zunehmend gegen die *staatssozialistische bürokratische Gängelung von oben*, gegen die Eingriffe von Behörden, die sie nicht hinreichend kontrollierten. Je mehr diese Verteidigung der *freien Initiative der Unternehmer* gegen staatliche Eingriffe in den Vordergrund rückte, desto mehr fanden sich große und kleine Unternehmer, Industrie und Handwerk, Groß- und Kleinhandel in einem Boot<sup>55</sup>.

Solcher tendenziellen Annäherung zwischen großen und kleinen Unternehmern lagen neben einer gewissen Anpassung des Kleingewerbes an offenbar nicht mehr zurückdrehbare Verhältnisse mindestens drei Faktoren zugrunde: Die zunehmende Herausforderung durch die organisierte Arbeiterschaft ließ bei wachsender Klassenspannung schon vor dem Krieg, aber vor allem an dessen Ende, als die Sozialisierung eine wirkliche Möglichkeit wurde, gemeinsame Arbeitgeber- und Besitzerinteressen (also Klasseninteressen) bei »altem Mittelstand« und Großkapital hervortreten, die durch andere, bisher überwiegende, Divergenzen verdeckt gewesen waren<sup>56</sup>. Im Juli 1918 sprach das die »Deutsche Arbeitgeber-Zeitung« deutlich aus: *Angesichts der Anstrengungen, welche die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften machen, um endgültig das Heft in die Hände zu bekommen, müssen alle Unternehmer, ob groß oder klein, ob Industrielle oder Handwerker ... darauf bedacht sein, ihre Stellung zu wahren ...*<sup>57</sup>.

Zum zweiten formulierten und organisierten sich Konsumenteninteressen immer erfolgreicher und ließen Handwerk und Großindustrie ihrer

<sup>55</sup> Die Norddeutsche Handwerker-Zeitung und die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung führten die Polemik gegen staatliche Eingriffe und Zwänge z. T. mit wörtlich übereinstimmenden Artikeln. Vgl. NHWZ 22 (1917), 1818 ff. (am 17. Nov.) und DAZ 16 (1917) am 23. 12. Die Ablehnung des Arbeitskammergesetzentwurfs durch die Regierung geschah ebenfalls mit fast gleichen Argumenten. Vgl. DAZ 17 (1918) (am 13. Jan. und Beilage v. 11. Aug.). Zur bisher noch nicht ausreichend gewürdigten staatsabwehrenden Schwenkung der Unternehmer im Krieg vgl. KOCKA, Klassengesellschaft, 116 ff.; vorher bereits Gerald D. FELDMAN, German Business Between War and Revolution, in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg, hrsg. v. G. A. RITTER, Berlin 1970, 312-342, bes. 315 ff.

<sup>56</sup> Zum Anfang dieses Prozesses vgl. Emil LEDERER, Die wirtschaftlichen Organisationen, Leipzig/Berlin 1913, 105; zu seiner Beschleunigung im Krieg: ders., Die sozialen Organisationen, Leipzig/Berlin 1922, 91-114.

<sup>57</sup> DAZ 17 (1918) am 28. 7. (Beilage).

ähnlichen Interessen als Produzenten inne werden. Die Stärke der Konsumgenossenschaftsbewegung, die sich 1902 im Konflikt aus den vor allem durch Selbständige getragenen Kreditgenossenschaftsorganisationen gelöst hatte und vom Handwerk wie Kleinhandel abgelehnt wurde, verdoppelte sich von 1903 bis 1910<sup>58</sup>. Im Krieg mit seiner Knappheitssituation traten Konsumenteninteressen im Bewußtsein vieler weiter in den Vordergrund. Dies zeigte sich schon 1914 in der Gründung des »Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen«, dem Konsumvereine, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen angehörten, und an den wiederholten Appellen zur Ernährungswirtschaft, die Arbeiter und Angestellte einigten. Umgekehrt sahen die Organisationen des selbständigen Mittelstandes in den Konsumentenorganisationen ein Ärgernis und fanden in ihren Protesten Unterstützung seitens der Großindustrie<sup>59</sup>.

Zum dritten konnten Handwerker und Kleinhandel ihre kapitalismusfeindlichen und anti-wirtschaftsliberalen Polemiken auch deshalb jetzt leichter zurückstellen als vor dem Krieg, weil ohnehin nach 1914 marktwirtschaftliche Mechanismen weitgehend suspendiert waren und korporative, interventionsstaatliche, nachliberale Strukturmerkmale des *Organisierten Kapitalismus* stärker als in den vergangenen Jahrzehnten in Wirtschaft und Gesellschaft verankert wurden. Als Reaktion auf diese Veränderung einigten sich schließlich große und kleine Produktionsmittelbesitzer in der Defensive. Die Abwehr der Intervention eines Staates, der demokratisch zu werden drohte, überspielte die in anderer Hinsicht weiter bestehenden Differenzen<sup>60</sup>.

#### IV

Damit hatten sich die Wege von »altem« und »neuem« Mittelstand« klar getrennt: Beide akzeptierten Allianzen mit Gruppen, deren Klassenlage sie zwar jeweils teilten, gegen die sie aber ursprünglich angetreten waren. Dem mittelständischen Charakter der Angestellten versetzten die Kriegsverhältnisse objektiv und subjektiv einen schweren Stoß. Die Angestelltenverbände, in ihrer politisierten Form einst ein Produkt starken Unterscheidungsstrebens und Absatzungsbedürfnisses von den Lohnarbei-

<sup>58</sup> Vgl. W. KULEMANN, *Genossenschaftsbewegung* Bd. 1, Berlin 84; Robert WILLEBRANDT, *Kapitalismus und Konsumenten. Konsumvereinspolitik*, in *Grundriß der Sozialökonomik*, Abt. 9, T. II, Tübingen 1927, 411–56, bes. 430 ff.; WEIN, *Die Verbandsbildung*, 61, 91 ff., 104 ff.

<sup>59</sup> Vgl. *Jahrbuch der Angestelltenbewegung 1914/15*, 186 f.; W. ALBRECHT, *Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918*, Berlin 1968, 99.

<sup>60</sup> Vgl. MKdI 1917, Nr. 173, 2690 f.



tern, betonten im Krieg ihren Arbeitnehmercharakter, ihre Interessengemeinsamkeit und Kooperation mit den Arbeitern und bezogen eine klar anti-unternehmerische Stellung. Die Handwerker- und Detailhandelsverbände, die mit anti-kapitalistischem Vorzeichen und dem Ruf nach Staatshilfe gegründet worden waren, betonten nun ihre Unternehmereigenenschaft und bezogen Stellung an der Seite der Industriellen und großen Arbeitgeber gegen staatliche Eingriffe und Proletariat.

Diese Polarisierung des Mittelstandes nach Klassengesichtspunkten im Krieg trat nicht unvorbereitet auf. Sie fußte auf zögernden Tendenzen der Vorkriegszeit, die sich im Krieg deutlich beschleunigten. Auf der Seite der Angestellten hatten sich, wie erwähnt, schwache, jedoch wachsende Anzeichen zur gewerkschaftlichen Haltung bereits vor 1914 gezeigt. In Handwerk und Kleinhandel hatte es seit der Jahrhundertwende, vor allem aber seit 1910, erste Tendenzen zur Kooperation mit den industriellen und Arbeitgeberverbänden gegeben<sup>61</sup>. In den liberalen und konservativen »Sammlungs«-Versuchen, im Hansa-Bund (1909) und im »Kartell der schaffenden Stände« (1913) hatte sich dieses (sehr begrenzte) Zusammenrücken von Großkapital und selbständigem Mittelstand – beim Hansabund unter Einschluß eines Teils der Angestellten – in Ansätzen bereits manifestiert. Unter Verwischung der Differenz zwischen liberaler und konservativer »Sammlung« bedeuteten die angeführten Einigungstendenzen zwischen Großkapital und selbständigem Mittelstand im Krieg eine gewisse Vollendung jener Vorkriegsbemühungen – unter Verzicht auf die sich ebenfalls stärker klassenmäßig orientierenden Angestellten.

Der Zusammenhang dieses Polarisierungsprozesses mit der deutschen Revolution von 1918/19 bliebe zu untersuchen. Fest dürfte stehen, daß Kleingewerbetreibende nur in Ausnahmefällen an revolutionären, radikaldemokratischen oder sozialistischen Aktionen teilnahmen. Die Blätter ihrer Berufsorganisationen brachten der Revolution keine Sympathie entgegen. Umgekehrt entfernte der November-Umsturz innerhalb der Angestelltenschaft einige rechtliche, politische und atmosphärische Hindernisse, die im Krieg einer klaren Manifestation der sich aufstauenden Unzufriedenheit im Wege gestanden hatten. Alle Angestelltenverbände stellten sich nun auf einen eindeutig gewerkschaftlichen, den Streik prinzipiell bejahenden Standpunkt und schlossen den Beitritt von Unternehmern aus, zumal dies die Voraussetzung für ihre Aufnahme in die neu gegründete »Zentrale Arbeitsgemeinschaft« von Arbeitnehmer- und Unternehmerorganisationen war. Gerade die radikaleren Angestelltenverbände verzeichneten in der Revolutionszeit großen Zulauf. Die meisten

---

<sup>61</sup> Vgl. LEDERER, Die wirtschaftlichen Organisationen, 105 zum Handwerk; WEIN, Die Verbandsbildung, 134 ff. zum Kleinhandel.

nahmen an den großen Streiks im Winter 1918/19 teil. Der linke Flügel unter den organisierten Angestellten, besonders die im sozialistischen »Zentralverband der Handlungsgehilfen« organisierten kaufmännischen Angestellten, nahmen in Anspruch, aktiv und führend an der Entfaltung der Revolution mitgewirkt zu haben. Beim Gros der Angestellten dürften aufreizende, zum Teil radikalisierende Kriegserfahrungen und viel opportunistische Anpassung an die sich schnell verändernde Lage zu einer relativ passiven, die Revolution tolerierenden und in Grundzügen bejahenden Haltung geführt haben, die zwar in der Regel weit von proletarischem Klassenbewußtsein und radikal-demokratischem Eifer entfernt war, aber mindestens ebensoweit von einer Verteidigung des bisherigen Systems oder der angegriffenen herrschenden Gruppen<sup>62</sup>.

In den Jahren zwischen dem Weltkrieg und dem Sieg des Faschismus setzten sich die geschilderten Tendenzen der Kriegszeit nur zum Teil fort, zum Teil kehrten sie sich um. Die Angleichung von Löhnen und Gehältern ging langfristig weiter, wenn auch nicht so auffallend schnell wie im Krieg und in der Inflation von 1923. Vergleicht man die Nominal-einkommen (Jahresdurchschnittswert) von 1913 und 1928, so nahm in diesen 15 Jahren das Durchschnittseinkommen der Arbeiter um zwei Drittel zu. Zu Beginn der Wirtschaftskrise hatten im Durchschnitt sowohl die angelernten wie die gelernten Arbeiter das Realeinkommen der Vorkriegszeit überschritten. Dagegen blieb das Realgehalt der meisten Angestellten Ende 1929 noch unter der vergleichbaren Größe von 1913. Die in solchen Zahlen zum Ausdruck kommende langfristige Nivellierung von Löhnen und Gehältern entsprach einer Veränderung, die gleichzeitig in anderen hochindustrialisierten Ländern, z. B. in den U.S.A., von statten ging, wenn auch in weniger schroffer Weise und ohne von einer langfristigen Stagnation im Realeinkommen pro Kopf begleitet zu sein<sup>63</sup>.

Die Nachkriegsentwicklung wirkte sich ökonomisch auf die vom eigenen Besitz lebenden Mittelschichten in der Regel ungünstig aus. Die allgemeine volkswirtschaftliche Verarmung und Stagnation, die sich u. a. in einem Rückgang der relativen Zahl von Empfängern hoher und mittlerer Einkommen und in der relativen Zunahme der Empfänger niedriger Einkommen von 1913 bis 1926 zeigte, fiel vor allem zu Lasten der Besitzeinkommen. Der Anteil der Einkommen aus Kapitalvermögen aus ge-

<sup>62</sup> Vgl. Archiv 47 (1920/21), 585–619; UMBREIT, Die deutschen Gewerkschaften, 180; Peter von OERTZEN, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, 277 f.

<sup>63</sup> Nach Max VICTOR, Verbürgerlichung des Proletariats und Proletarisierung des Mittelstandes, in: Die Arbeit 8 (Berlin 1931), 23; BRY, Wages, 362; Fritz W. FISCHER, Die Angestellten, ihre Bewegung und ihre Ideologien, Diss. Heidelberg 1931, 39; zur amerikanischen Entwicklung Robert K. BURNS, The Comparative Economic Position of Manual and White-Collar Employees, in: Journal of Business 27 (1954), 257–267.

werblichem und aus landwirtschaftlichem Besitz am gesamten Volkseinkommen sank von 1913 bis 1928 von 47,1% auf 28,7% (ohne unverteilte Gewinne, öffentliche Erwerbseinkünfte, Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und ohne die in Privateinkommen nicht enthaltenen Steuern), der Anteil der Einkommen aus Löhnen, Gehältern und Renten stieg von 48,3% auf 67,7%<sup>64</sup>. Da der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum sehr viel langsamer sank, diese in absoluten Zahlen sogar zunahmen, teilten sich eine zunehmende Anzahl von Besitzeinkommensbeziehern einen abnehmenden Anteil des Volkseinkommens<sup>65</sup>. Zusammen mit anderen mittelständischen Gruppen, litten die Handwerker und Kleinhändler unter dieser Entwicklung. Die bereits im Krieg einsetzende, sich 1923 überschlagende Inflation traf alle Vermögen, die nicht in überdauernden Sachwerten angelegt waren, so auch die in den Mittelschichten weit verbreiteten kleinen Sparguthaben, sofern sie nicht ohnehin in der Notzeit aufgebraucht worden waren<sup>66</sup>. Die Verluste der Kriegsanleihen trafen viele mittlere und kleine Verdienner, die häufig einen großen Teil ihrer geringen Rücklagen gezeichnet hatten<sup>67</sup>. Besitzer industrieller Obligationen wurden mit entwertetem Geld abgefunden. Ansprüche an Lebensversicherungen und Pfandbriefe der Hypothekenbanken wurden nach der Inflation nur wenig aufgewertet. Hausbesitzer konnten zwar die Inflation benutzen, um ihre Schulden abzu zahlen, die Wohnungszwangswirtschaft und die niedrige Festsetzung der Mieten drückten ihre Erträge jedoch noch stärker als die Grundstückspreise<sup>68</sup>. Die Zahl der Empfänger öffentlicher Fürsorgeleistungen verdreifachte sich von 1913 bis 1924. Unter ihnen überwogen nunmehr Alte und Witwen, die ohne Krieg und Inflation wahrscheinlich von eigenen Ersparnissen und kleinen Renten gelebt hätten. 1926 waren fast 70% der öffentlich unterstützten Männer mindestens einmal in ihrem Leben im gewerblichen oder landwirtschaftlichen Sektor als Selbständige tätig ge-

---

<sup>64</sup> Vgl. Statist. Jb. f. d. Dt. Reich 1930, 532 f.

<sup>65</sup> Schätzungen nach: Das deutsche Volkseinkommen vor und nach dem Kriege, bearb. im Statist. Reichsamte (= Einzelschriften zur Statistik des Dt. Reiches, Nr. 24), 84; zum Zeitraum ab 1925 genauer: W. G. HOFFMANN u. J. H. MÜLLER, Das deutsche Volkseinkommen 1851–1957, Tübingen 1959, 56. Zur Zahl der Selbständigen: Walter G. HOFFMANN, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin etc. 1966, 209. Vgl. auch: S. KUZNETS, Modern Economic Growth, New Haven 1966, 168 f.; A. JECK, Wachstum und Volkseinkommen, Tübingen 1970.

<sup>66</sup> 1913 entfielen 68% der 22 Mill. Sparkonten auf Guthaben bis 600 Mk., weitere 25,1% auf Guthaben von 600 bis 3000 Mk. Vgl. GÜNTHER, Die Folgen des Krieges, 227.

<sup>67</sup> Vgl. RÖSLER, Die Finanzpolitik, 76 ff., 207; Richard LEWINSOHN (Morus), Die Umschichtung der europäischen Vermögen, Berlin 1926, 27 ff.

<sup>68</sup> Vgl. ebda., 29 ff.; C. BRESCIANI-TURRONI, The Economics of Inflation, London 1937 (\*1953), 314 ff.

wesen<sup>69</sup>. Die Nachkriegszeit mit ihren inflationären Exzessen scheint Teile des selbständigen Mittelstandes härter getroffen zu haben als der Krieg selbst.

Auch auf der Ebene der Berufsverbände und der soziopolitischen Orientierung der von ihnen vertretenen sozialen Gruppen fanden die Entwicklungen des Weltkriegs keine gradlinige Fortsetzung. Die gesteigerte Zusammenarbeit der Angestelltenverbände und ihre Organisation nach zunehmend politischen Gesichtspunkten blieb zwar erhalten und vertiefte sich sogar. In den Jahren der Weimarer Republik setzte sich jedoch die für den Krieg kennzeichnende relative Linksbewegung der Angestellten nicht fort. Während der sozialdemokratisch-gewerkschaftlich orientierte »Allgemeine freie Angestelltenbund« (Afa) 1920 mit 690 000 Mitgliedern größer war als der politisch eher rechtsgerichtete »Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften« (Gedag) mit 463 000 und als die gemäßigt-liberalen »freiheitlich-nationalen« Angestelltenverbände mit 300 000 Mitgliedern verschob sich das Kräfteverhältnis in den folgenden zehn Jahren deutlich: 1930 hielt die stark angewachsene rechtsgerichtete Gedag (und in ihr der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband) unangefochten die Spitze, während der AfA fast 30% seiner Mitglieder verloren hatte<sup>70</sup>. Schon 1930 waren die Angestellten in der NSDAP-Reichstagsfraktion die größte einzelne Beschäftigungsgruppe. 1932 und 1933 gehörten die Angestellten neben den gewerblichen Selbständigen und Bauern, aber im Gegensatz zu den Arbeitern, zu den sozialen Gruppen, die sowohl unter NSDAP-Mitgliedern wie auch unter NSDAP-Wählern überrepräsentiert waren<sup>71</sup>. Wie noch im einzelnen zu erforschen bleibt, schlug die in der Kriegszeit sichtbare Linksbewegung der Angestellten nach 1918 um; die Unzufriedenheit in den angestellten Mittelschichten kam immer weniger den gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Kräften zugute; in erneuter Absetzung von der Arbeiterschaft unterstützte die Mehrheit der Angestellten schließlich rechtsradikale Protestbewegungen, die sich im Krieg noch nicht angeboten hatten, und halfen mit bei der Zerstörung der ersten deutschen Republik.

<sup>69</sup> Nach: Sozialer Auf- und Abstieg im Deutschen Volk (= Beiträge zur Statistik Bayerns, H. 117), München 1930, 120. – 1927 stammten in München 34,8% der Fürsorgeempfänger aus selbständigen Berufen (Handel und Gewerbe) und 42,7% aus Arbeiterberufen (ebda., 121). Zur Vervielfachung der Fürsorgeempfänger: Franz EULENBURG, Die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse, in: Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik, München, Leipzig 1925, 87–108, bes. 102.

<sup>70</sup> 1930 zählten der Gedag 592 000, die AfA 480 000, die Liberalen 385 000. Nach FISCHER, Die Angestellten, 44 f.

<sup>71</sup> Vgl. Karl Dietrich BRACHER, Die deutsche Diktatur, Köln 1969, 201; S. M. LIPSET, The Political Man [1959], New York 1963, 146 f.; W. SCHÄFER, NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des 3. Reiches, Marburg 1957, 17.

Auch zwischen Handwerk und Industrie traten, nachdem die unmittelbare Gefahr des *Staatssozialismus* abgewehrt schien und die Revolution das Proletariat nicht zur Macht gebracht hatte, gegensätzliche Standpunkte wieder deutlicher zutage. Dazu gehörten berufsständische und sozialprotektionistische Forderungen, mit denen das Handwerk – und in den späten 20er Jahren auch der Kleinhandel – erneut, wenn auch kaum erfolgreich, an Vorkriegstraditionen anknüpften. Trotzdem blieb das Grundmuster der Annäherung zwischen Kleingewerbe und großbetrieblicher Wirtschaft bestehen und konnte in der Krise der frühen 30er Jahre reaktiviert werden. Das Kleingewerbe, so formulierte es Joseph Schumpeter 1929, *hat gelernt, seine bis ins 20. Jahrhundert hinein scharf anti-kapitalistische Stellung aufzugeben und sich mehr und mehr an die Industrie anzuschließen, welche ihrerseits begriffen hat oder zu begreifen beginnt, daß Schonung der kleinbürgerlichen Schicht für ihre sozialen Chancen wichtiger sein kann als deren Eliminierung für ihre wirtschaftlichen*<sup>72</sup>. Diese Neuorientierung des »alten Mittelstandes« fand, nach einigen vor 1914 begonnenen tastenden Versuchen, vor allem im Weltkrieg statt. Sie bereitete jene spannungsreiche Allianz von mittelständischen und großen Unternehmern gegen Arbeiterbewegung, Demokratie und Parlamentarismus vor, die unter den verschärften Bedingungen der Wirtschaftskrise seit 1929 entscheidend zum Sieg des Faschismus in Deutschland beitrug<sup>73</sup>.

---

<sup>72</sup> Das soziale Antlitz des Deutschen Reiches, in: Aufsätze zur Soziologie, Tübingen 1953, 221.

<sup>73</sup> Vgl. mit Überbetonung des handwerklich-großindustriellen Gegensatzes: A. SCHWEITZER, Die Nazifizierung des Mittelstandes, Stuttgart 1970, 1–25; jetzt vor allem: WINKLER, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus.